

Der Sozialist.

Organ der unabhängigen Sozialisten.

Redaktion und Expedition: Alte Jakobstraße 91, Hof 3 Treppen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure &c. zu beziehen.

Abonnementsspreis: Monatlich 20 Pf. Vierteljährlich: durch die Post bezogen 1 Mtl. 25 Pf. ohne Beleidigung; direkt per Kreuzband 1 Mtl. 20 Pf. — Einzel-Nummer 10 Pf.

Insertionspreis pro eingeschlossene Seite 15 Pf.

Nr. 2.

Sonntag, den 22. November 1891.

1. Jahrgang.

Inhalt: Vom Wesen des Staates. — Unsere Sache im Auslande. — Wie soll man nicht für die Rechtswahlen agieren? — Vom Kampf der Partei gegen die Opposition. — Pressestimmen über den Erfurter Parteitag. — Aus der Zeit zur Bewegung. — Zur Abwehr. — Quittung. — Zur Beachtung.

Vom Wesen des Staates.

Für die politische Thätigkeit der Sozialdemokratie muss die Auffassung vom Wesen des Staates bestimmend sein und ist es lange Zeit hindurch gewesen. Wer aber das Verhalten der heutigen Partei genauer und unbefangen beobachtet, der gelangt unvermeidlich zu dem Schluss, dass entweder die offiziellen Vertreter des Proletariats ihrer besseren Erkenntnis zuwidderhandeln, oder dass man die Auffassung vom Wesen des Staates total geändert hat. Die letzige Taktik der Partei, ihre gescheiternden Illusionen sind nur möglich auf Grund eines falschen Staatsbegriffes. Man nehme die Frage nach dem Charakter des Staates nicht so leicht und betrachte sie nicht als eine rein akademische. Von ihrer Beantwortung hängt vielmehr in hohem Grade das Schicksal der Arbeiterklasse ab. Die Art, wie man neuerdings von sozialdemokratischer Seite den Staat zu behandeln beginnt, muss für das Proletariat geradezu verhängnisvoll werden. Sie verleitet die Arbeiter zu falschen Hoffnungen und Maßnahmen; zu einer Politik, die schließlich in das Verderben führt. Sie zieht die Bewegung vom Boden des Klassenkampfes auf das glatte Parquet des Parlaments, wo sie früher oder später zu Falle kommt. Eine Frucht dieser Art sind die staatssozialistischen Anwandlungen, die seit einiger Zeit in der Partei Platz gewinnen haben. Zu verheerend berstet Strömungen in den Reihen des Proletariats wirken müssen, ist klar. Nicht genug, dass auf diese Weise die revolutionäre Energie der Massen abgestumpft und zerbrochen, die Chaftkraft in zugloser Kleinarbeit vergeudet wird — man gefährdet durch solche Taktik überhaupt die Befreiung der Arbeiterklasse.

Was ist denn der Staat? Konfuse Köpfe haben ihn als die „Gemeinschaft des Volkes“ definiert — als einen Verbund, der im Interesse aller zustande gekommen. Man verschafft dann auf den Staatsvertrag, der Rechte und Pflichten auf alle Glieder der Gesellschaft gleichmäßig verteile. Schutz des Rechten und Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt sollten Staatszweck sein. Was in Wirklichkeit ein brutaler Polizeistaat war, wurde zum „Rechtsstaat“ auszuputzen gesucht. In philosophischer Begriffsverwirrung langte man endlich beim „Ausdruck“ der sittlichen Idee“ mit somitigen Aussinn an. Aber trotz all diesem Gerede funktionierte der Staat als das, was er immer gewesen, ruhig, weiter: als ausgesprochenes Werkzeug zu Herrschaftszwecken. Selbst die bürgerlichen Staatsrechtsschreiber heben jetzt zwei Extreme als das Charakteristische des Staates hervor: Regierung und Regierte. Wer sind aber die Regierenden? Immer die Inhaber des Besitzes! Und wer wird regiert? Natürlich die Besitzlosen!

In einer Zeit, die noch kein Privateigentum kannte, konnte es auch keinen Staat geben. Er entstand erst, als das Privateigentum die alte Gesellschaft in zwei feindliche Klassen zerriss: in Reiche und Armen. Nur diesen Gegensätzen hat der Staat seine Existenz zu verbauen. Er war notwendig, um den Besitz zu schützen; man bedurfte einer Macht, um die Verlezung des Privateigentums zu bestrafen; man bedurfte eines Mittels, um die Besitzlosen niederzuhalten und sich dienstbar zu machen. Früher hatten die Bände der Verwandtschaft genügt, um die Gesellschaft zusammenzuhalten — jetzt brauchte man dazu eine besondere Exekutivewelt. Und diese Gewalt steht nicht über den beiden Gesellschaftsklassen, sondern innerhalb derselben; sie ist vom Besitz selbst geschaffen und hat schon aus diesem Grunde dessen Dienste zu versiehen. So behalten Marx und Engels Recht, wenn sie definieren: der Staat ist die Organisation der Besitzenden zur Beherrschung und Verlezung der Besitzlosen. Im Stile La Jalle's kann man den Staat auch ganz zutreffend als „Nachtwächter der Eigentumsklasse“ entreden.

Wie sieht sich auch die Formen des Staates im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung verändert haben — das Wesen des Instituts blieb immer dasselbe. Der antike, der feudale und der moderne Staat: sie alle sind Einrichtungen der jeweilig besitzenden und darum herrschenden Klasse; sie alle richten sich gegen das Besitzlose und ausgebutezte Volk. Und dies sowohl in Republiken,

wie in Monarchien. In der Römerzeit, wo die Eigentumsklasse durch den Adel repräsentiert, und darum war dieser im Staat ausschlaggebend. Heute spielt die Bourgeoisie im Wirtschaftsleben die erste Rolle, und darum gelten ihre Interessen als oberstes Staatssatz. Wie und nirgends hat das besitzlose Volk, das heute durch die Arbeiterschaft repräsentiert wird, entscheidenden Einfluss im Staat. Dies wäre mit dem Wesen des Staates absolut unvereinbar: er kann sich unmöglich nach dem Willen der Leute richten, die zu beherrschen und niederzuhalten seine Bestimmung ist. Dein damit würde er sich selbst aufspalten. In dem Augenblick, wo beispielsweise die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Stärke im Staat maßgebend sein könnte, wäre diese Einrichtung samt der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt gefallen. Solange aber die Versezung noch nicht derartig fortgeschritten ist, dass der Staat starzen muss, solange wird er vom Proletariat die Geschäftsführung seinerseits einsetzen. Wenn er den Forderungen der Arbeiter einigermaßen entgegenkommt, so thut er es entweder nur im eigenen Interesse der Bourgeoisie, oder weil es dieser seine Opfer auferlegt, ihr aber den Eindruck der Arbeiterfreundlichkeit verleiht.

So sieht es im modernen Staat aus. Auf ihn die Hoffnungen der Arbeiter basen, das ist ungewiss dieser Sachlage eine Täuschung, die je länger sie währt, desto verhängnisvoller werden muss. Kann man es verantworten, das nach Gewissung trügerisch zu erwarten und seinen Feind zu verteidigen? Wie bringt man es über das Herz, die Arbeiter glauben zu machen, dass die soziale Frage auf parlamentarischem Wege, also mit Hilfe des Staates — des Beauftragten der Bourgeoisie — zu lösen sei? Die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats vom revolutionären Boden abzulenken, um sie dem „Wohlwollen“ des Staates auszuliefern, das erscheint uns geradezu als Betrug an der Arbeitersache. Und dies geschieht seitens der sozialdemokratischen Parteiführer keineswegs bloß vereinzelt, sondern fortgesetzt. Systematisch drückt man der Arbeiterschaft den Glauben an den Staat wieder ein — einen Glauben, mit dem sie instinktiv schon mehr oder weniger gebrochen hatte. Zwar heißt es in den Parteiprogrammen, die Befreiung müsse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein; in Wirklichkeit aber trifft man diesen Bestrebungen durch Wort und That entgegen und ruft so dem Proletariat das Vertrauen auf seine eigene revolutionäre Kraft. Dafür wird die staatliche Regelung, das staatliche Eingreifen, die staatliche Reform als Anfang und Ende aller Weisheit gepriesen. Der Staat hinten, der Staat vorne: wohin man blickt und hört: überall etwas Staatisches als Ideal — es wird einem ganz witt im Kopf vor lauter Staatslichkeit und Staatsmännertum! Dieser Staatsdurst wird ein trauriges Erwachen, eine bittere Enttäuschung folgen — hoffen wir im Interesse der beteiligten Arbeiter, dass es dann nicht zu spät ist.

Wir werden es immer für unsere Pflicht erachten, vor dem verderblichen Staatswege zu warnen, und je weiter sich die offizielle Sozialdemokratie auf denselben setzt, desto lauter werden wir unsere Mahnung wiederholen: Nicht die Hilfe, sondern die Befreiung des Staates ist das Ziel des Sozialismus! Das Proletariat kann die Befreiung nur von der eigenen Kraft — nicht von seinem Feinde erwarten!

Unsere Sache im Auslande.

Seit Wochen registriert der „Wörterbörse“ gewissenhaft alle diejenigen Stimmen, welche sich zu Gunsten der Parteistellung ausspielen. Wenn sich aber Zeitungen oder Versammlungen für die Opposition aussprechen, dann hat das sozialdemokratische Zentralorgan keinen Raum zur Verfügung. Die bezüglichen Notizen und Resolutionen sollen einfach in den großen Papierkorb der Redaktion. So schwieg man insbesondere die Frankfurter Versammlung tot, über die wir in vorherer Nummer berichteten. Und die gleiche Taktik besetzte man gegenüber unserem Bruderorgan „La Question sociale“ (Die soziale Frage) in Paris. Dort veröffentlichte der Herausgeber, Genosse P. Argentières, unter der Überschrift „Die Kritik des Sozialismus in Deutschland“ einen Aufsatz, aus dem wir Folgendes hervorheben:

Wahrhaftig, die deutschen Sozialisten machen uns unsere Aufgabe schwer; aber trotz unseres guten Willens, im Interesse der Einigkeit Streitigkeiten zwischen Sozialisten zu vermeiden, dürfen wir nicht schweigen, angehört der bedenklichen Begebenheiten, die sich eben vollzogen haben.

Trotz des Optimismus Einzelner, sind gewiss alle Sozialisten, das heißt diejenigen, welche ihr Leben dem Triumph der Idee und nicht ihrer eigenen Persönlichkeit gewidmet, schmerzlich ergriffen worden durch die rücksichtigen Erklärungen der Charte des Sozialismus in Deutschland, sowohl in den öffentlichen Versammlungen in Berlin, als auf dem Kongress in Erfurt.

Warum müssen wir, die wir ehemals mit Katharina zu den Reben von Bebel und Liebknecht bestellt geplatt, als diese Bismarck wider beseitigt, wir, die wir vor drei Jahren in der von Malon herausgegebenen Revue socialiste diese beiden Genossen ohne Nachhalt gelobt, warum sind wir, die jüngsten Brüder in Sozialismus, gezwungen, sie zu den Prinzipien zurückzuführen?

Und doch müssen wir es ihnen im Interesse der sozialistischen Idee.

Die einzige Hoffnung des Volkes darf nicht verschwinden, der Sozialismus darf nicht die öffentliche Achtung verlieren durch die Declarationen dieses oder jenes Sozialisten, so wie die Republik vernekt wurde durch das Getreide und die Verdüren der Bourgeoisie-Republikaner. Dieser Klippe muss durchaus vermieden werden, denn wenn die thätigen Sozialisten, indem sie sich der Macht nähern, die öffentliche Achtung verlieren ...

Deshalb sind wir gezwungen — wir wiederholen es einhundert, wenn es noch möglich ist auf dem verhängnisvollen Abhang, auf welchen sie sich begeben, weiter zu gleiten.

Wir sprechen da nicht von Bismarck und seinem fast vollständigen Vertrag, denn dieser gilt für uns schon lange nicht mehr als Sozialist. Seine Haltung auf dem Kongress ist auf folgende Weise von einer imperialistischen Zeitung, dem „Nayell“, beurtheilt worden: „Die Haltung und die Sprache Bismarcks sind derartlich, dass man sich fragen muss, ob er nicht in die sozialistische Partei eingetreten ist, um darin die gegenwärtige soziale Organisation zu vertheidigen.“

In der That unter andern Albert Herter, welche dieser ehemalige Offizier losgelassen hat, um seinen Nationalismus zu entschuldigen, hat der Bismarck versucht, die Kommune anzugeben. Er hat noch nicht bemerkt, wie anders Hollerschende, zum Beispiel Liebknecht, das ohne die Pariser Kommune es in Deutschland keine so bedeutende sozialistische Partei gäbe, ebenso wenig keine so große internationale Arbeiterbewegung, wie sie gegenwärtig existieren ...

Doch genug. Dieser Bismarck verdient nicht, dass man ihm die Ehre mache, mit ihm zu diskutieren.

Diejenigen, welche uns durch ihre Erklärungen bestätigt, sind die, welche noch nicht die Grenzen überschritten haben, die vom Sozialismus zur Bourgeoisie führen.

Denn wirklich, man kann nicht verstehen, wie ein Bismarck das imperialistische Prinzip so sehr vergessen, dass trotz seiner französischfreudlichen Erklärungen sagen können, dass, wenn die verbündeten Länder Frankreich und Russland eines Tages Krieg gegen Deutschland oder den Dreieckbund führen sollten, so würde er seinen Freunden raten, bei Bourgeoisie seines Landes hilfreiche Hand zu leisten, unter dem Vorwand, dieses vor der russischen Barbarei zu retten.

Befürzeende Sprache im Name eines internationalen Sozialisten!

Zuerst, Genosse Bebel, die Barbarei des Bourgeois-Kapitalismus übertrifft alle anderen.

Sodann, wir haben nicht während Jahrzehnte den Klassenkampf gepredigt, wir haben ihn nicht feierlich auf dem letzten sozialistischen Kongress in Brüssel proklamiert, um dass Sie, einen Monat nachher, daherkommen, um zu sagen, dass wenn Ihre Bourgeoisie in die Klemme geriete, Sie, einer der thätigsten Sozialisten, ihr Hilfe und Verbündete leisten wollten.

Unbedenklicher, der Sie sind! Wenn Sie wirklich die Emanzipation des Proletariats wollen, beben Sie doch, dass es sich nicht von seinem Ausbeuter, d. h. der Bourgeoisie, bestreiten kann, ohne dass diese mit anderen Bourgeoisie

Chicagoer Just, die das Urteil über die Anarchisten — die acht Opfer des Klassenhauses — fällt, eine Hure der Justiz? Die Geschworenen waren ja auch der Ansicht, daß die Menge das von den Angeklagten Angeregte nur in die That übersezt habe. Nein, ähnliche Argumente sollte Herr Auer lieber Herren von Puttkamer, dem seligen Minister des Innern unter dem Sozialistengesetz, überlassen haben.

Scharf und klar hat dann Herr Auer die Anklagen des bekannten ersten Flugblattes der Opposition in 14 Thesen zusammengefaßt. Greifen wir zwei davon heraus und sehen wir uns die auf ihre Haltbarkeit und Widerichtigkeit hin näher an. Punkt 7 des Herrn Auer lautet: „Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwankung nach rechts.“

Wie aber heißt es auf Seite 11 der Anklagechrist, in der das Flugblatt wortgetrennt abgedruckt ist:

„Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine zufällige und setzt sich, auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse (wo bleibt die Fraktion, Herr Auer?) kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zusammen und haben sehr oft mit den Prinzipien der eigenen Partei nicht nur sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schurkisch zu wider und ebnen so den Boden zu einer Schwankung nach rechts, die leider von den meisten erst dann bemerkt wird, wenn sie vor der vollen Detektion stehen.“ Bei Herrn Auer hat unter der Kürze etwas sehr bedenklich die Wiedergabe des Sinnes gelitten; wir begreifen jedoch, daß für die Anklagechrist, immer vom Standpunkte des Staatsanwaltes aus, sich der Satz „Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion usw.“ besser eignete, als der ursprüngliche Text; wie schön konnte nun nicht die Fraktion gegen den heftigen Vorwurf vertheidigt werden; daß die Innschaltung der Fraktion trotzdem nicht ganz leicht war, haben die Verhandlungen des Parteitages, auf die wir nächstens näher eingehen werden, bewiesen. — Gehen wir weiter! Punkt 2 des Auer'schen Extraktes präsentiert sich uns in folgender Gestalt: „Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten.“ Wie heißt nun aber die Stelle des Flugblattes in demselben Buchlein? „In den meisten Fällen hat nun der Sozialismus und auch die Demokratie fast nichts gemein mit dem, was unsere Vertreter im Reichstage den herrschenden Klassen abdisputieren wollen, wie wir weiter unten beweisen werden.“

Ein kleiner Unterschied besteht unseres Grachens auch zwischen diesen beiden Ausschreibungen, aber von Herrn Auer wurde wohl gedacht: Es springt so besser in die Augen.

Wir glauben, daß auch ohne diese Jongleur-Kunststücke die Neuer-Kommission zu ihrem fünfmaligen „Es ist nicht wahr“ gekommen wäre, unmöglich,

dass der revolutionäre Geist seitens der Führer erstickt wird; daß eine Diktatur in der Partei gesetzt wird; daß die Sozialdemokratie zur puren Reformpartei kleindörflerischer Richtung herabgesunken ist; daß die Revolution von der Tribune des Reichstags feierlich abgeschworen wurde; daß kein Anzeichen für den Versuch vorliege, den Ausgleich zwischen Proletariat und Bourgeois herbeizuführen.

Uff, rief der Parteivorstand aus, als er dieses fünfmalige „Es ist nicht wahr“ vom Parteitag attestirt bekommen hatte, und reiste vergnügt nach Hause, mit dem Bewußtsein, fünfmal die Opposition erschlagen zu haben.

Wie rief Galileo Galilei in der Nacht seines Sterbens aus: „Und sie bewegt sich doch!“

Fidelio.

Preßstimmen über den Erfurter Parteitag.

Genosse Benedict Friedländer hat in „Herold“ Zeitschrift für Staats- und Volkswirtschaft“ einen ausführlichen Artikel über den Erfurter Parteitag veröffentlicht. Wir heben aus derselben folgende bemerkenswerthe Stellen hervor:

„Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich ausscheinend nur auf die Taktik, die angefischt der Thatsache, daß die Erringung der politischen Macht die nächste, wichtigste und schwierigste Aufgabe ist, leicht verständlich ist. Die Ausdehnung der Bewegung auch auf kleinere Industrie-Zentren, sowie auf das flache Land in Verbindung mit dem Halle-Bismarck's und seinem Sozialistengesetz, dürften es insbesondere gewesen sein, die Bismarck's gemäßigten Standpunkt zeitigten; auf der anderen Seite ist es wohl das Gefühl der Unzulänglichkeit der sogenannten Arbeiterschutz-Gesetze, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen unvermeidliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verschärfung des Krisenstandes mit seinem Gefolge von Noth, Elend und Verzweiflung, welche wenigstens eine der Hauptursachen des oppositionellen Standpunktes ausmachten. Auch darf nicht übersehen werden, daß das Auftauchen der einen Richtung die andere gleichsam als Reaktion darauf hervorruft, beziehungswise stärkt.“

„Es sei ausdrücklich gesagt, daß diese Bemerkungen nur als subjektives Urteil angesehen werden dürfen und außerdem jedenfalls unvollständig sind. Die Berliner Opposition steht z. B. auch ein gewisses Streben nach individueller Selbstständigkeit und eine deutlich erkennbare Abneigung gegen die straffe Zentralisierung der Partei erkennen.“

„Die Sache der Arbeiter, so hoffen und glauben wir mit aller Bestimmtheit, wird durch die Absprungung der bisher sogenannten Opposition keineswegs geschädigt werden.“

Um in den entscheidenden Fällen die militärische Aktion der reaktionären und ejaristischen Klassen zum Zuge zu lassen, ist eine Verbreitung der sozialistischen Ideen auf dem platten Lande so gut wie notwendig; und zu diesem Zwecke ist eine gewisse Taktik offenbar die geeignetere. Auch in der französischen Revolution spielten ja ansang die gemäßigteren Provinzials, die Girondisten, die Hauptrolle. Andererseits ist zu wirklich erfolgreichen Vorstoßen denn doch mehr Thatsatz und Enthusiasmus, zu theoretischer Weiterentwicklung etwas weniger Autoritäts-Kultus erforderlich, als bloße oder vorwiegende Parlamentarismus, Spielerei und Marx-Votterung. So haben beide Gruppen, sowohl die „Faktionellen“, als die nunmehr loyaldste „Opposition“, ihre besondere geschichtliche Aufgabe zu erfüllen.“

Die Verthaltung des Programmenvorschlags wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern übertragen, welche, wohl gegen die allgemeine Erwartung, nicht den Entwurf des Parteivorstandes, sondern denseligen der „Neuen Zeit“ zu Grunde legte. Derselbe ist nach meiner Ansicht insoffern demjenigen des Parteivorstandes überlegen, als die falsche Erklärung der Artikel aus der „Planlosigkeit“ darin nicht vorkommt, und es jedenfalls besser ist, über die Artikel gar nichts als etwas positiv Verlehrtes zu sagen. Einen Mangel erkenne ich in dem Fehlen einer ausdrücklichen Zurückweisung der staatssozialistischen Idee.“

„Wenn die nunmehr aus dem Bande der Parteorganisation ausgeschiedene „Opposition“ in ihrem Drange nach individueller Selbstständigkeit auch der Verlehrung unabhängig denkender Sozialisten und zugehöriger Ketzermache für den stark autoritären Marxismus und die dem großen Publikum so gut wie unzugänglichen und auch sonst weniger hervorragenden Schriften von Marx entgegenwirkt, so würde ihre Thätigkeit in dieser Beziehung eine für die Gesamtmasse äußerst segensreiche sein.“

„Die sozialdemokratische Bewegung hat sich ertensis außerordentlich verbreitet; für die Aufrechterhaltung der individuellen Freiheit, Verachtung des unwürdigen Autoritäts-Kultus, sowie vor Allem für die Erhaltung und Stärkung des zur Vollbringung großer Dinge trotz aller „ökonomischen Entwicklung“ nun einmal erforderlichen Enthusiasmus und starker Thatsatz wird — nötigenfalls — die Berliner Opposition sorgen.“

Aus der Zeit.

Die parlamentarische Periode ist wieder angebrochen. In erster Linie kommt für uns der am 16. d. M. eröffnete Reichstag in Betracht. Von Neuem sieht ein großer Theil des deutschen Proletariats den kommenden Berathungen erwartungsvoll engagiert. Gerade die sozialdemokratische Fraktion hat eine positive Aufgaben gestellt, von denen die Arbeiter Besserung ihres Loses erhoffen. Sie werden auch diesmal nur Enttäuschungen erleben. Selbst wenn die sozialdemokratischen Anträge angenommen würden, so bleibe die Lage der Arbeiterklasse doch unverändert dieselbe. Weder die Aufhebung der Getreidezölle, noch die Verstaatlichungen können dem Proletariat Nutzen bringen. Wenn die Abgeordneten dem Volke von derlei Maßnahmen Heil und Segen versprechen, so ist dies bedauerlich. Und wenn man Erwartungen solcher Art hervorruft, um möglichst viele Stimmen für sich zu erlangen, so spielt man mit dem Volke einfach Schindluder! Indessen, die Unerschrockenheit der an das Parlament gefüllten Hosenungen hat auch ihr Gutes: sie fördert die Erkenntnis, daß auf solchen Wege überhaupt nichts zu erreichen ist und diese Erkenntnis wird ein Neubeginn des revolutionären Geistes der Massen zur Folge haben. Mehr als je stehen wir den parlamentarischen Verhandlungen fühl und gleichgültig gegenüber. Zug werden in der Regel nur ganz kurz über sie berichten. Die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten haben für uns vollauf nur noch infame Interesse, als sie den kleindörflerischen Charakter der offiziellen Partei dokumentieren. — Bei Gründung der gegenwärtigen Tagungsperiode widmete der Präsident v. Ledebur zunächst dem verstorbenen Könige von Württemberg einen Nachrus, den auch die Sozialdemokraten siehend anhörten. Entsprechend ihrem alten Standpunkt verließ die Arbeitervertreter früher bei ähnlichen Gelegenheiten den Saal. In diesem Sinne wäre das jegliche Verhalten von tieferer Bedeutung. — Den ersten Berathungsgegenstand bildete die Bestrafung des Sklavenhandels. Der Gesetzentwurf wurde einer Kommission überwiesen. An zweiter Stelle diskutierte man eine Petition, betreffend die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Infasen der Gefangen-, Besserungs-, Armen- und Serienanstalten. Singer und Bebel sprachen im Namen der Sozialdemokraten. Deutschnationalen, National-Liberale und Zentrumsteute stimmten ihnen befähig zu. Die Petition wurde dem Reichslandtag überwiesen. Den dritten Punkt der Dienstagsitzung bildeten Petitionen, die eine Erweiterung der Buchergesetzgebung forderten. In der sich anschließenden Diskussion dominirten natürlich die Antisemiten. Die Petitionen wurden schließlich dem Reichslandtag zur Erwagung überwiesen. —

Fast ohne Abänderung gilt das oben über den Reichstag Gefaßte auch von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Zu dieser Körperchaft haben jedoch die Wahlen stattgefunden. Von den Sozialdemokraten behaupteten drei Kandidaten ihre alten Sitze, drei wurden neu gewählt. Bei der sozialdemokratischen Agitation beobachtete die Flugschriften und Aufrufe das, der kommt glauben, es gäbe eine Welt zu erobern. Und in Wirklichkeit freisten die Berge, um ein einselnes Mäuslein zu gebären. Es ist blutiger Hohn, wenn es u. .

Schlüsse der Verkündung des Wahlresultates heißt: „Hoch die internationale Sozialdemokratie!“ Die Thätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung hat mit der Sache des internationalen Proletariats nicht das Geringste zu thun. Es wirkt nur komisch, die guten Leute, die über den engen Rahmen ihrer Lokalinteressen nicht hinaus können, so reden zu hören. Sie leben durch ihre Kleinkramerei nicht einmal in Berlin einen Hund vom Osen — und bilden sich ein, das Welt-Proletariat erlösen zu können! Läßt sich eine größere Absurdität denken? — Wie wenig ihre kleindörflerische Arbeit mit dem Sozialismus gemein hat, ist durch die Erfahrung genügend festgestellt. Im „Roten Hause“ zu sitzen und sich für Wunder was Wichtiges zu halten, das ist ganz nach dem Geschmack unserer Spießbürgers — und die Sozialdemokraten machen ihnen hierzu erfolgreich Konkurrenz. Warum auch nicht? Sind doch die sozialdemokratischen Stadtverordneten durchschnittlich kleindörfler — mit Ausnahme des Herrn Singer vielleicht, der bereits zu den Großbourgeois gehört. Und was können sie auch erzielen, selbst wenn sie sich von höheren Gesichtspunkten leiten lassen? Bei dem jetzigen Klassenwahlrecht werden sie immer nur eine Minorität bilden, die man nicht ernst nimmt, sondern einfach ignoriert. Die Parole: „Vorwärts, vorwärts zu neuen Siegen!“ ist hier durchaus am falschen Platze. Nicht befreiungswert ist die zweitwichtigste Politik; passiver Widerstand der wirkungsvollste Protest. Es entspricht dem proletarischen Standpunkt weit mehr, den herrschenden Klassen durch Wahlentzettelung zu erklären: „Wir verschmähen Ihre Einrichtung!“ Statt dessen streitet man sich um den Sklaventitel im Herrschaftsinstitut der Bourgeoisie. In einem Wahlauftritt hieß es von Demontigny, der noch an ein Paketren mit der Bourgeoisie denkt: „Der heute seinen Norden und siehe um eine Gabe, die ihm hingeworfen wird, wie man einem lästigen Bettler abschwelst.“ Ganz diese Rolle müssen die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Roten Hause spielen. Es ist nur eine fromme Selbstäusserung, wenn man das Wahlresultat mit den überschwänglichen Worten begleitet: „In den Palästen Berlins wird die Nachricht von dem großen Erfolge des Proletariats lange Sorge hervorrufen; mögen sich Jene . . . gefasst sein lassen, daß die Sozialdemokratie eine Macht geworden, die durch nichts mehr in ihrem Siegeslauf aufzuhalten ist.“ — Nun, so schlimm ist die Sache nicht; die sozialdemokratischen Stadtverordneten thun gewiß niemand etwas zu Leide — s. werden die bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung nicht antasten!

Auch der sächsische Landtag veranlaßt uns zu einer kurzen Bemerkung. In denselben bilden die Sozialdemokraten jetzt eine „Fraktion“ und haben damit das Recht erlangt, auch in die Deputationen oder Kommissionen einzutreten. Der „Vorwärts“ ist nun mit, daß die Kammermajorität den sozialdemokratischen Abgeordneten diesen Eintritt verwehren wolle. Darob große Entrüstung im kleinsten Zirkel der Partei! „Wie kann man aber den Sozialdemokraten auch gar so schwer machen, an allen Herrschaftseinrichtungen Theil zu nehmen! Wozu wird man denn sonst gewählt, wenn man nicht mitregieren darf? Eine wahrhaft revolutionäre Partei müßte freilich auf all' diesen Kleinkram von selbst verzichten! Früher war auch die Sozialdemokratie allgemein dieser Ansicht. Vielleicht nur, weil die Trauben dem Fruchte „zu sauer“ gewesen?

Zur Bewegung.

Jedors. Am Dienstag, 17. d. M., hielt der Arbeiter-Bildungsverein seine General-Veranstaltung ab. Wichtigster Punkt der Regelnordnung war die Änderung der Statuten. Es wurde beschlossen, den Arbeiter-Bildungsverein in einen Verein unabhangiger Sozialisten zu Rigendorf und Umgegend umzuwandeln. Zur Annahme gelangte das Statut unserer Genossen mit einigen Änderungen. Insbesondere änderten die Rigendorfer Genossen den § 6 des Berliner Statuts dahingehend, daß jährliche Wahlen mit halbjährlicher Ablösung stattfinden.

„Bei Beschiedenes“ wurde von mehreren Genossen zur eingeschlagenen Propaganda für unsere Bemühungen und für unser Organ „Der Sozialist“ aufgerufen. Auch hier lautet die Parole: „Zu unserem Kampf gegen den Unterhand der Massen, gegen Verherrlichkeit und Tyrannie. Vorwärts zum Ziel!“

Der Verein der unabhängigen Sozialisten in Berlin hielt am Dienstag eine Versammlung ab, zu der auch Gäste auswärts kamen. Sie war von mehr als 500 Personen besucht. Gründungsgruppe Bruno Bille hielt einen Vortrag über „Demokratie“ und führte Folgendes aus: Das Wort Demokratie ist ein großer Lüftau, wenn man es mit der Freiheit vergleicht. Freiheit und Demokratie sind niemals mit einander verträglich sein; denn Demokratie bedeutet Vollherrschaft. Vollherrschaft setzt aber Herrscher und Bevölkerung voran; es herrscht die Mehrheit über die Minderheit. Da nun aber die Menschen alle gleichberechtigt sind, so ist die Demokratie auch vor der wahren Gleichheit weit entfernt. Wenn nur einmal eine Herrschaft erschaffen soll, so ist die geistige und erkenntnisvolle Eigenschaft wohl eher als Herrschaft anzusehen, als die brutale Gewalt, welche in der Minderheit liegt. Als Beispiel zieht Redner Stellen aus Hegel's „Bibelstudium“. Unsere Bibel ist gegen die veraltete Auffassung von dem Recht der Mehrheit zu kämpfen, das heißt gegen den Bahn der Demokratie. Wohl kann auch die Mehrheit fairverträglich sein, wie in dem Falle eines Streiks, wo das gemeinsame Interesse maßgebend ist. Weiter führt Redner aus, daß durch die Demokratie das Demagogentum erzeugt wird. Der Demagogie schweidet der Massen, um sich mehr als Herrscher aufzusetzen zu können. Der Demagogie heißt die Masse gegen den Gegner auf. Redner zieht hier einen Ausspruch Bebels gegen ihn: „Bille vergleicht mich mit einer Hammelherde!“ — ein Ausdruck, den Bebel gebräuchte, um die Menge für sich zu gewinnen. Redner führt noch weitere Fälle an, so z. B. gewisse Ausstreuungen gegen Körberbach u. i. w. Indem wir solches Vorgehen verurtheilen, müssen wir uns aber auch hüten, daß wir in denselben Fehler verfallen. Zum Schluss ruft Redner der Versammlung zu, sich mehr und mehr von der Herrschaft loszulösen; gerade die Masse haben alle Ursache, die Herrschaft zu verwerfen, da die Führer einer Partei sich gerne als Regenreiter ansprechen. Um dieses besser durchsetzen zu können, verlangen sie Disziplin und Unterordnung. Das führt aber zum Unheil für jede Massen-Bewegung. Wir haben, so schließt Redner, das Wort „Demokratie“ aus unserem

050 2199

Verein verbannt, und dies ist schon als ein Fortschritt zu betrachten. — Der erste Diskussionsredner ist der Ansicht, daß die Ausführungen des Vortragenden wohl als höchstes Ideal zu betrachten, aber in dem heutigen Klassenstaat nicht durchführbar seien; dazu gehören andere Menschen und Verhältnisse. Der zweite Redner verlangt keine Herrschaft, keinen Staat. Der Mensch muss sich selbst emporheben. Die Waffe ist durch die Wahrheit zu erzielen. Die Zentralisation muss besiegt werden, indem die Selbstständigkeit dadurch unterdrückt wird; auch ist sie hinderlich für die freie Entwicklung. Hierauf tritt Wille dem ersten Redner entgegen: Wir wollen keinen Zwang, wir wollen keine neue Regierung und mit der alten muss gebrochen werden. Die Vernunft ist die beste Waffe und führt gegebenenfalls zur freiwilligen Unterwerfung. — Bei dem Punkte „Verschiedenes“ trat eine Vertretung über die nicht schöne Kampfweise des „Vorwärts“ und einzelner Führer der sozialdemokratischen Partei zu Tage.

In einer Volksversammlung in Wilmersdorf kam es anlässlich der Berichterstattung über den Parteitag zu lebhaften Auseinandersetzungen. Genosse Donnar trat für die sozialistische Opposition ein. Er wies darauf hin, daß früher viele Genossen Singer um Unterstützung gebeten haben, so daß der Parteivorsitz bestreiten mußte, Singer sollte kein Geld ohne seine, des Vorsitzenden Zustimmung gewähren. Redner will damit beweisen, daß Schmaroyer sie, an dem Busen der Parteileitung gemahnt hätten, wie es im Flugblatt hieß. Von fraktioneller Seite wurde die Opposition als eine anarchistische Gruppe bezeichnet, wogegen sich Donnar verwahrte. Schließlich erklärte Donnar seinen Austritt aus der Partei. In einer Resolution wurde, wie läßt, das Vorgehen der unabhängigen Sozialisten gelobt, eine „soziale Opposition“ jedoch als berechtigt anerkannt. Als ob es sich im vorliegenden Falle nicht vorgegesezt um eine soziale Opposition gehandelt hätte! Zu den Ausklungen Donnars über die Geldspenden des Herrn Singer bemerkte der „Vorwärts“: „Herr Donnar schent den Unterschied zwischen den Partiegeldern und Privatmitteln nicht zu begreifen. Überigens ist von der Parteileitung nie ein ähnlicher Beschluss gefaßt, wie Donnar behauptet. Die Vertreter der Berliner Genossen haben dagegen, um zu verhindern, daß Unwürdige die Freigebigkeit Singers missbrauchen, beschlossen, die Unterstützungsgesuche aus der Partei, welche an Singer gelangten, erst von den Genossen geprüft werden sollen.“ Wir meinen, daß in diesem Falle der Unterschied zwischen Privatmitteln und Partiegeldern gleich Null ist. Auch die Unterstützung aus Privatmitteln führt zur Korruption in der Partei. Die von „Singer's Freigebigkeit“ bedachten werben natürlich für ihren edlen Wohltäter unter allen Umständen in's Feuer gehen und hierin keinen Widerspruch dulden; sie werden so zu blindgläubigen Werkzeugen der Parteileitung überhaupt. Man sieht: auch auf „privaten Wege“ lassen sich Schmaroyer und Spießleiter erzeugen! Und daß zur Prüfung der Unterstützungsgegenstände sogar eine Kommission berufen werden mußte, das beweist, wie sehr der „private Weg“ benutzt wurde.

Zwischen „Alten“ und „Jungen“ ist es auch in Dortmund zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Dieselben sollen so bestätigt gewesen sein, daß die Polizei den entstandenen tumult als „Brand zur Auflösung“ bemalte. Hauptähnlich nennt man die Organisationsfrage als Ursache des Zusammenstoßes.

In mehreren Gemeinschaftsvereinen wurde in letzter Zeit verlust, und zum Theil mit Erfolg, als oppositionell bekannte Genossen ihrer Meister zu entkleiden und zu beschleichen, daß solche Genossen nicht mehr zum Referenten bestellt werden sollten. Das erinnert lebhaft an die Beschlüsse der Kriegervereine über den Ausschluß von Sozialdemokraten. Darnals sagte die sozialdemokratische Presse: „Recht so! Sozialdemokraten haben in Kriegervereinen nichts zu thun!“ Stets ließt überlegen sich unsere Genossen, ob sie unter diesen Umständen nicht auch lieber solchen Vereinigungen den Rücken kehren. — Von echt proletarischer Gesinnung wurde dagegen eine Tafelabsturzveranstellung geleitet, die am 12. d. M. in Berlin stattfand. Als man zur Neuwahl des Ausschusses übergang, kam es zu einigen Auseinandersetzungen. Einer der Anwesenden erklärte, ein Mitglied des Vereins der unabhängigen Sozialisten könne für keinem Vertrauensamt gewählt werden, da er ja die Disziplin verweise, die in der gewerkschaftlichen Bewegung auch notwendig sei. Dem Betreffenden wurde jedoch erwidert, daß es in einer Fachversammlung nicht angebracht sei, jemandem einen Vorwurf aus seiner politischen Gesinnung zu machen. Bei einem Streit würden alle Kollegen gebraucht, selbst die früheren Streitbrecher; auf die politische Gesinnung könne man ja keine Rücksicht nehmen.

„Aus Schwedt a. O. wird uns geschrieben, daß die Versammlung vom 8. November, der am 11. November im „Vorwärts“ Erwähnung geschieht, doch nicht ganz so eintönig verlief, wie geschildert, sondern eine ganz gewöhnliche Menge war. Auf der Tagessitzung stand nur: Bericht des Verteilungsmannes und Neuwahl. Bericht über den Parteitag sollte Wildberger in einer späteren Versammlung erstattet. Trotzdem erhielten seitens des Parteivorsitzenden Herr Gerisch, dem Revolutionärmann, um den Delegierten dieser Aufgabe zu übergeben. Er meldete sich zum Wort und suchte in 2-stündigem Rede darzuthun, daß die Schwedter als brave Genossen die Wahl Wildbergers zum Parteitag nur dadurch wieder gut machen könnten, wenn sie die von ihm vorgeschlagenen Resolutionen ohne Diskussion annehmen würden. Den Gefallen thaten ihm die Genossen doch und holdwoll indeß nicht, konnten aber auch nicht hindern, daß die Revolutionären in Abwesenheit Wildbergers durchgedrückt wurden. So stand der Parteivorsitzend Stimmen.“

Im Freitag, den 27. November, Abends 8^½ Uhr findet in Jochs großem Saal, Andreasstraße 21, eine Volks-Versammlung statt, in welcher der Redakteur Karl Schneidt über das Thema „Die eiserne Maske“ sprachen wird. Nach dem Vortrag Diskussion. Zum Bezug der Versammlung legitimiert eine Eintrittskarte, welche in Nr. 22 des „Spottvogel“ eingedruckt ist.

Bur Abwehr.

Ein sehr objektives Urtheil fällt die „New-Yorker Volkszeitung“ in Sachen der Opposition contra Parteileitung. Das Blatt steht durchaus treu zur Fraktionpolitik; darum sind seine Bemerkungen um so wichtiger. Nachdem die angeblich „verländerischen“ Angriffe der Opposition getadelt worden, heißt es da in Nr. 44: „Wir können den Opposition der „Jungen“ so ganz und gar Unrecht nicht geben. Die starke Betonung der parlamentarischen Thätigkeit der Partei und der opportunistisch-mathematiz. Ton, welcher in der Propaganda vielfach eingesetzt, ist angethan, Freund und Feind irre zu führen, sie über das Welen der sozialistischen Bewegung zu täuschen. Daraus nur erklärt es sich, daß die aktuellen Forderungen der Sozialdemokratie an die bestehende

Gesellschaftsordnung (Arbeiterkampf usw.) welche sich von jeher im Programm befinden und früher nur als nebenmächtig angesehen wurden, von sehr vielen heute als der wesentliche, stellvertretende Theil des sozialistischen Programms betrachtet werden und den einzigen Cratereien über das „Wemächtig-Netzen“ der Partei im Volke dienen. Wir wissen wohl, daß die größere Zahl der Partei im Reichstag eine solche starke Betonung der aktuellen Forderungen naturnächst verdeckt hat. Aber diese Wendung rechtfertigt die Verdächtigung der parlamentarischen Propaganda ebenso wenig, wie eine Unterschätzung am Platze wäre. Welches Unheil durch eine allzu opportunistisch Agitationswelle angerichtet werden kann, zeigt z. B. eine Note des Robert Schilling'schen „National-Reformen“, welcher die aktuellen Forderungen für das Hauptprogramm der Sozialdemokratie hält und dazu bemerkt: „Dies sind vernünftige Forderungen und es dürfte auch in den anderen Staaten weitaus Leute geben, welche dieselben nicht guthalten.“ Der Schluß der heutigen Rede löst allerdringlich vermuten, daß es auf dem Kongress bestreite Kampfe abhalten wird, da sich in der sozialistischen Partei noch einige Mitglieder befinden, welche weiter gehen wollen.“ Wenn die junge Sektion in dem Kongress dominiert wird, wird man sich aus allgemeinen Erklärungen gegen das Eigentum und andere extreme Forderungen gefaßt machen müssen.“ Zwischen den „revolutionär“ dramabolisierenden Wirkung und der „Sozialdemokratie“ gibt es ein Mitteldring. Die deutsche Sozialdemokratie sollte auch den Ton wiederfinden, welchen „Vollstaat“ und „Vorwärts“ vor 1878 eingeschlagen.“

Herr Liebknecht schloß sich im dritten Berliner Reichstagswahlkreis wieder einmal vergeblich, zu beweisen, daß das Recht der eigenen Meinung in der Partei nicht gefährdet, ist. Nicht infolge ihrer abweichenden Ansicht, sondern wegen „Verleumdung“ habe man die Mitglieder der Opposition ausgeschlossen und es giebt immer noch Unrechtsfälle genug, die sich von Herrn Liebknecht, derartige Worte aufzubinden lassen. Wer zu entschuldigen habe, was „Verleumdung“ und was „Meinungsfreiheit“ ist, das hat Vieb leicht leider zu sagen vergeben. Er ist eigentlich als genug, um zu wissen, daß der Verowane (sic!) die höchste Kritik als „Verleumdung“ betrachtet. Und wenn der Verowane zugleich der Wächtiger ist, so bekommt er immer Recht. In unserem Falle war nun die Partei mächtiger, als die Opposition, und darum gab sie ihrem Staate recht. Auer Recht, der eben die Kritik zu „verleumderischen Angriffen“ drechselte. Man hat ja traurisch sogar zugegeben, daß die „Verleumdungen“ bloße Vorwand waren. Sprach doch Herr Liebknecht in der überwundenen Versammlung selbst davon, daß die Eigentümlichkeit der Partei sei und daß sie überwältigt werden müsse, der sich dagegen auflehne. Dennoch raumt Herr Liebknecht ein, daß der Zuschluß wegen verwornter Unrechtsordnung erfolgt. Und die Unrechtsordnung war für die Opposition unumgänglich, weil sie die eingeschlagene Taktik nicht billigen konnte. Somit kommt es ja auch hier wieder auf den Ausschluß wegen Meinungsverschiedenheiten hinzu, obgleich Herr Liebknecht ausdrücklich erklärte, daß man benötigt der Taktik verschiedener Ansicht sein könnte! — Wie man wegen der bloßen Niederzeugung maßregelt, das beweist überdeutlich der Fall Baginski und Lambrecht. Den Vergehen besteht lediglich darin, daß sie dem ersten Flugblatt der Opposition zustimmen. Nicht weil sie das Flugblatt geschrieben oder verbreitet hätten, nicht wegen alter Verhetzung — nein, wegen der rein persönlichen Gedankengleichheit, wegen der durchaus passiv gebliebenen Meinung erpatrit man sie! Das ist ganz die alte Pfaffenlogik, die den Reyer verbrennen ließ, schon wenn er gewisse Lehren anerkannte. Und diese selben Herren setzen über Polizei und Bourgeoisie, weil von deren Seite die Anschauung des Arbeiters verfolgt wird! — Mit den Genossen Baginski und Lambrecht verfuhr man sogar noch schlimmer. Man forderte sie zum Abberuf auf, und nicht weil sie den Abberuf ausdrücklich ablehnen, sondern sie schieden aus. Aus dem Schwellen einen Beweis zu ziehen — das ist mehr, als die bürgerliche Justiz wagt!

„August Geibel, der gebürtige Silesar“ — so bettelte sich ein Machiavelli, das jetzt ebenfalls in Arbeiterkreisen lobwürdig wird. Die bürgerlichen Zeitungen meinen in ihrer Rivalität, die Proklamation gehe von der sozialistischen Opposition aus. Wer ihnen dieses Märchen aufgebunden hat oder ob die fragliche Note von gewisser Seite „geschoben“ wurde, das veründigen wir nicht zu beurtheilen. Jedensfalls müssen wir versichern, daß das Preyereigniß mit der unabkömmligen Sozialisten-Gruppe absolut nichts zu thun hat, daß man vielleicht innerhalb der letzten den Verdacht hegt, die Schrift sei von der sozialdemokratischen Parteileitung verfaßt. Es handelt sich in der Hauptsache um eine blödsinnige Verhetzung August Geibels, wenn auch bisweilen ein Wort des Lobs fällt. Das Ganze ist eine Verabschaffung des Herausgebers des „Gedächtniss-Halle“, der sein Machiavelli sowohl der Opposition wie den Bebeldeutzen anzuhören suchte.

„Doch nicht genug!“ In einer Versammlung der öst. und west. preußischen Sozialisten-Berlins trat ein Genosse für die Opposition ein und tadelte den erfolgten Ausschluß. Ihm entgegnete einer der Fraktionellen, daß der Parteitag berechtigt gewesen wäre, noch ein ganz anderes, härteres Urtheil zu fällen. So, soll Was wollte man denn mehr thun, als ausdrücklich hängen oder verbrennen konnte, man doch die Opposition wohl nicht! Aber dies unabkömmlig hingeworfene Neukürzung ist bezeichnend für den Geist, der die sozialdemokratische Wehrheit beherrscht.

Unser Erzähler muß die Herren vom „Vorwärts“ ganz verdutzt gemacht haben. Sie sind bis heute irrwitzlos geblieben. Nur im lokalen Theil der Sonntagsausgabe widete der literarische Hausherr des „Vorwärts“ prompt und pflichtschuldig jenes Antlaut. Natürlich auch im echten Hausherrn und mit unwünschlichem Hausherrnverstand. Mangels anderer Gründe verbirgt sich der Mann in die Ausstattung des Blattes. Daß er seiner Stellung sich bewußt — kein Unrecht über den Inhalt abzugeben wagt, ist wenigstens befremdlich, und das will bei den Herren des „Vorwärts“ gewiß nicht sagen! Wegen der „Schallheit“ dürfen wir mit ihm nicht so sehr ins Gericht gehen — er kann ja wohl als Hausherr kein Recht sein! Die Schallheit des „Vorwärts“ hat jenen Baumwurzeln derartig ergripen, daß ihm jede Röte nach Schallheit schmeißt. Auf dem Gebiete der Schallheit mit den gebräuchlichen Meistern des „Vorwärts“ konkurriren zu wollen, das wäre doch geradezu Vermessenheit! Der Mann wird auch offenbar nicht, daß die gedruckten Lügen und Verleumdungen“ schon längst bewiesen sind. Er verbirgt sich aber zugleich im Wissensachen: „Die Abonnementseinladung ist mit einem Trauerband verbrumt, wie er in den Reichstagswahlen der Opposition eine so hervorragende Rolle spielt.“ Nun ja, wir trauen, weil der „Vorwärts“ gar so „traurig“ ist, — auf den schwarzen Balken der Abonnementseinladung gedenken wir setzen

Beckstand zu Grabe zu tragen! — Nebenbei bemerkt: Der „Vorwärts“ bestätigt also selbst, daß die „Friedliche Tagesspost“ des Herrn Grünenberger den Tod des Kaisers Friedrich wirklich in Trauerband angezeigt hat!

Zeichen der Korruption. Es wird seitens der sozialdemokratischen Partei fortgesetzt gelegnet, daß sie in das kleinbürgerliche, possibilistische Fabrikwelt gerathen sei. Und doch liegen die Dinge in Wirklichkeit noch weit schlimmer — man irrte sogar als daß das sozialerhaltende Element, als Stütze der modernen Gesellschaft aus! Dieses erhebende Schauspiel bot sich erst am 12. November wieder in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Und zwar war es kein gewöhnlicher sozialdemokratischer Kläffer, sondern ein Mitglied des Parteivorstandes: Herr Singer der graue Paul, der zugleich im Reichstag sitzt und auf die Wahlenkämpfe wartet! Seine Rede, die er anlässlich der Fortbildungsschulfrage hält, klingt fast unglaublich, aber sie steht ja im sozialdemokratischen Heldensange und ist bisher noch nicht dementiert worden — also muß es damit doch seine Richtigkeit haben. In dieser charakteristischen Rede heißt es: „Wenn der Stadtschulrat Beckmann in dem freiwilligen Schulweisen die Sicherheit und Gewähr dafür sieht, daß selbständige, freie Mensch erzeugt werden, welche die eigentlichen späteren Stützen der Gesellschaft sind, so vergibt er, daß wir alle, nicht bloß die freiwilligen, zu Stützen der Gesellschaft machen wollen, nicht bloß die etwa 11.000 jungen Leute, die die Schulen schon besuchen, sondern auch den Rest, die 30.000, die den Unterricht jetzt entbehren.“ — Herr Singer ist offenbar der Meinung, daß es sich in der heutigen Gesellschaft ums verzögteren und sicherer leben lasse, je mehr sie Stützen besitzt. Für den satten Bourgeois mag dies gewiß wünschenswert und erträglich sein; für den hungrigen Proletarier verantwörlich nicht!

Weiter rief Herr Singer seinen Klostergenossen, die garnicht einsehen möchten, wie gut er es mit ihnen meint, die ewig verdächtige Wahrung zu: „Nehmen Sie die obligatorischen Fortbildungsschulen nicht ein, so brödeln Sie an dem Gebilde des Staats und der Gesellschaft selbst ab, indem Sie die nach Ihrer Meinung notwendigen Träger aufzurichten. — Für einen Mann, der Sozialdemokrat sein will, muß es doch demnach durchaus schrecklich sein, daß die bürgerliche Gesellschaft sich und ihrem Staat selbst abröhrt und es verständigt, die nötigsten Stützen aufzurichten! Es ist einfach überwältigend, einen Sozialdemokraten bestellt zu sehen, die heutige Gesellschaft vor dem Verfall zu warnen und zu schützen. Ein überzeugter Sozialist möglicherlich sich freuen, wenn die bürgerliche Gesellschaft sich beim Untergange näher bringt. Aber Herr Singer denkt offenbar anders — darum spielt er sich als Staats- und Gesellschaftsrechter auf. Wir können ihn höchstens trösten: an der Fortbildungsschulfrage wird die bürgerliche Gesellschaft noch lange nicht zu Grunde gehen! — Der Fall ist ein klassischer Beleg dafür, wie man in den Gemeindevertretungen die Ideen des Sozialismus veracht und förder. Für solchen Kämpf Begeisterung, Zeit und Geld der Arbeit zu verlangen, ist einfach standatos! Und dabei wagt es gerade Herr Singer, in den Versammlungen mit den revolutionären Bekämpfungen der Sozialdemokratie zu spielen. So hatte er bereits am Tage nach jener Stadtverordneten-Rede die Sitze, im vierten Berliner Reichstagswahlkreis zu einer Parteiverammlung zu erklären: „dab die letzten Stelle der Sozialdemokratie — die Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft — stets mit voller Energie in den Massen propagiert werden müssen und dab in unserer Partei der revolutionäre Gedanke des Massenkampfes stets in erster Linie zu betonen ist.“ — Nur, Herr Singer selbst hat beweisen, daß Reden und Handeln zweierlei ist. Es scheint, als benutzte er die revolutionären Worte nur zum Arbeitserfang!

„Nicht sagen dürfen, was man meint, ist klarzuless.“ Das Klingt ja ganz anarchistisch, mindestens aber oppositionell. Doch weiß: es sind Worte des larmoyanten Dr. von Ledebour, der ab und zu aus seiner sozialdemokratischen Rolle fällt. So lautete nämlich das Thema eines Vortrages, den er zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule hielt, also auf durchweg legalem Boden. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ stellt sich der Redner auf den Standpunkt, daß der Missbrauch der Meinungsfreiheit unter allen Umständen unter Strafe gestellt werden könnte. Wir wissen nicht, ob Ledebour die Vortragsrede zwischen der Opposition und vor Parteileitung mit im Aug. hatte. Daß er aber die Stützlosigkeit unter allen Umständen“ fordert, das ist auch die sozialistische Meinungsfreiheit in seinen Freibrief ein. Darnach wählt die Partei jeder Opposition unbedingte Tübung ausmehr, auch wenn diese das Recht der freien Kritik noch so sehr verlegt. Und wirksame wäre das der einzige richtige Standpunkt — zumal für eine sozial-demokratische Arbeiterpartei. Was thut ja aber statt dessen! Man verfolgt und tadeln die freie Meinungsfreiheit, so gut es geht. Und wenn Alles nichts mehr nützt, dann wirkt man die Kritik einfach hinaus — der Missbrauch der freien Meinungsfreiheit muß halt bestraft werden, heißt es! Noch mehr: wie in neuerer Zeit geschehen, wird man gerade diejenigen hinaus, die sich eines Missbrauchs der Kritik gar nicht schuldig gemacht haben. Und trotzdem stellen sich die Büttel der Partei hin und rufen: selbst die unverchristigte Kritik ist straflos! Oder sollte man dies nur vor der bürgerlichen Gesellschaft verlängern, ohne den Grundsatzen in den eigenen Reihen gelten zu lassen?

Quittung.

Für den Preisbond eingegangen:	
Eine Nr. 51	M. 17,50
91	13,55
26	11,80
15	4,00
Durch Günther vom Stab	
Club „Tertius“	M. 67,55

Zur Beachtung.

Trotz der hohen Auslage war die erste Nummer bereits nach einigen Tagen vergriffen. Um die noch immer wachsende Nachfrage befriedigen zu können, bitten wir unsere Leser, entbehrliche Exemplare zurückzustellen zu wollen.

Expedition des „Sozialist“.

Berlin S., Alte Jakobstr. 91, Hof III.

Verein unabhängiger Sozialisten.

Sonntag, den 22. November d. J., Vormittags 10^½, Uhr,

in „Grätzweis Bierhallen“, Kommandantenstraße

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag über „Eugen Dühring und der deutsche Sozialismus“. Diskussion. Verschiedenes.

Gäste willkommen.

Redaktion: Hermann Eisler, Berlin. — Druck und Verlag: Wilhelm Werner, Berlin, Alte Jakobstrasse 91.

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

vom

Leseklub „Gerechtigkeit“

am Sonntag, den 29. November, bei „Feuerstein“, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung: 1) Vortrag. 2) Diskussion.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Der Eintritts-